



Herrn
Oberbürgermeister Dr. Müller

11. 7. 2009

Der Magistrat

über
Magistrat

Dezernat für Wirtschaft,
Personal und Kliniken

und

Stadtrat Detlev Bendel

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin Thiels

29. Juli 2009

Ausbildungsreife fördern - Ausbildungsplätze erhalten!
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis/90Die Grünen und FDP vom 17.03.2009 -

Beschluss-Nr. 0253 vom 14. Mai 2009 (Nr. 09-F-25-0028)

Der Magistrat wird gebeten,

1. die notwendigen Finanzmittel zum Haushalt 2010/2011 anzumelden, um seine Projekte und Maßnahmen, die der Ausbildungsförderung dienen, fortzusetzen, insbesondere:
 - a) Lernwerkstätten für Hauptschülerinnen und Hauptschüler bzw. an der Wolfram-von-Eschenbach-Schule, an der Erich-Kästner-Schule, an der Adalbert-Stifter-Schule und an der Albrecht-Dürer-Realschule;
 - b) Ausbildung von Jugendlichen mit Handicaps mit Beteiligung der Agentur für Arbeit;
 - c) Informationsstelle für Jugendliche bzw. Schülerinnen und Schüler im Übergang zum Beruf;
 - d) Perspektiven für Hauptschülerinnen und Hauptschüler in Kooperation mit Unternehmen;
 - e) Finanzierung des dritten Umschuljahres zum/r Medizinisch-Technischen Assistent/in in der Lobe-Schule;
 - f) Ausbildungspakt 5+3;
 - g) Ausbildungskonferenzen;
2. nach Möglichkeit im selben Umfang und in derselben Vielfalt über den eigenen Bedarf hin aus in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben auszubilden;
3. über den Sachstand der Umsetzung des Programms der Hessischen Landesregierung „Qualitätsstandards zur Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen (OloV)“ in Wiesbaden zu berichten;

4. zu berichten, welche organisatorische und notfalls auch finanzielle Unterstützung seitens der Stadt erforderlich ist, damit in Wiesbaden die flächendeckende Kompetenzfeststellung der beruflichen Eignung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern gesichert werden kann;
5. zu berichten, ob und inwieweit frühzeitig Rückschlüsse aus dem Schülerprofil der Kompetenzfeststellung auf den Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler gezogen werden und wie diese individuell durch geeignete Maßnahmen gefördert werden können.

Zu Punkt 1.

Die notwendigen Finanzmittel sind als Planansätze zum Haushaltsplan für die Jahre 2010/2011 angemeldet worden. Die Projekte und Maßnahmen der Beschäftigungsförderung im Bereich Ausbildungsförderung können - vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplans durch die städtischen Gremien und die Aufsichtsbehörde - weiter geführt werden:

- a) Lernwerkstätten für Hauptschülerinnen und Hauptschüler bzw. an der Wolfram-von-Eschenbach-Schule, an der Erich-Kästner-Schule, an der Adalbert-Stifter-Schule und an der Albrecht-Dürer-Realschule → Projekt läuft bis einschließlich Schuljahr 2009/2010 (SV 08-V-80-8003, Beschluss Nr. 0360) – Projekt für das Schuljahr 2010/2011 soll durch gesondert einzubringende SV fortgesetzt werden
- b) Ausbildung von Jugendlichen mit Handicaps mit Beteiligung der Agentur für Arbeit → Verlängerung für den Ausbildungsgang 2009 bis 2012 geplant - SV 09-V-80-8003 ist bereits im Geschäftsgang
- c) Informationsstelle für Jugendliche bzw. Schülerinnen und Schüler im Übergang zum Beruf → Projekt „Jobnavi - Was willst Du werden“ wurde mit Beschluss Nr. 0026 (SV 09-V-80-8020) verlängert bis Mai 2011
- d) Perspektiven für Hauptschülerinnen und Hauptschüler in Kooperation mit Unternehmen → Amt 51 zuständig: Stellungnahme erfolgt über Dez. VI
- d) Finanzierung des dritten Umschuljahres zum/r Medizinisch-Technischen Assistent/in in der Lobe-Schule → Projekt wurde von der Lobe-Schule zurückgezogen, da 2008 nur 7 Interessenten angemeldet und somit eine kostendeckende Durchführung nicht möglich war.
- e) Ausbildungspakt 5+3 → Verlängerung geplant - SV 09-V-80-8009 bereits im Geschäftsgang
- f) Ausbildungskonferenzen → werden fortgesetzt

Zu Punkt 2.

110410 ist beauftragt worden, hierzu eine entsprechende Magistratsvorlage zu erstellen. Prinzipiell besteht innerhalb des Konzerns Stadt Einvernehmen, auch zukünftig im selben Umfang und in derselben Vielfalt über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden. Die Eigenbetriebe werden durch ein Schreiben von Herrn Stadtrat Bendel auf den Beschluss aufmerksam gemacht.

Zu Punkt 3.

Nach Information der von der IHK Wiesbaden eingesetzten regionalen Koordinierungsbeauftragten Frau Simone Gutheil, ergibt sich folgender aktueller Sachstand:

Die regionale OloV Steuerungsgruppe Wiesbaden und Rheingau-Taunus-Kreis verständigt sich auf folgende 8 Qualitätsstandards, die in der Folge in 4 unterschiedlichen Arbeitsgruppen (AG) zusammengefasst und bearbeitet werden:

1) Schulkoordinatoren und Schulcurricula Berufsorientierung (→ AG 1):

Jede Schule benennt mindestens einen Schulkoordinator oder eine Schulkoordinatorin, Berufsorientierung, welcher/ welche gemeinsam mit den anderen Lehrkräften Curricula für die Gestaltung eines fächerübergreifenden Berufsorientierungs-Prozesses erarbeitet und umsetzt.

2) Durchführung von Kompetenzfeststellungen (→ AG 2):

Bestandteil des Berufsorientierungsprozesses ist eine umfassende Kompetenzfeststellung, in deren Verlauf die personalen, methodischen und sozialen Kompetenzen der jeder Schülerin und jedes Schülers festgestellt werden

3) Individuelle Förderung der Ausbildungsreife (→ AG 2):

Aus den Ergebnissen der Kompetenzfeststellung werden Rückschlüsse auf den Förderbedarf der Schülerin bzw. des Schülers gezogen. Sofern Förderbedarf besteht, wird dieser mit der Schülerin bzw. dem Schüler besprochen und in den individuellen Förderplan integriert. Geeignete Maßnahmen werden - ggf. mit externen Partnern - in die Wege geleitet.

4) Qualifizierung der schulischen Fachkräfte im Bereich Berufsorientierung (→ AG 1):

Jede Schule sorgt für die Qualifizierung ihrer Fachkräfte, die in der Berufsorientierung eingesetzt werden. Ein breites Fortbildungsangebot außerhalb der schulinternen Weiterbildung ist sicherzustellen.

5) Beteiligung der Erziehungsberechtigten am Berufsorientierungsprozess (→ AG 3):

Am Berufsorientierungsprozess werden die Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler beteiligt.

6) Abstimmung der Akquise von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen (→ AG 4):

Die regionalen Akteure erarbeiten ein gemeinsames Konzept für die Akquise von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen und stimmen ihre Aufgaben miteinander ab.

7) Der Vermittlungsprozess baut auf den Kompetenzen der Jugendlichen auf (→ AG 2):

Die Schritte des Vermittlungsprozesses werden auf der Grundlage des Kompetenzprofils des bzw. der Jugendlichen geplant.

8) Transparenz über Angebote zum Übergang Schule - Beruf (→ AG 4):

Die regionalen Akteure beteiligen sich an der Erstellung und Pflege eines zentralen Informationssystems zu den Angeboten im Übergang Schule-Beruf.

Innerhalb der Arbeitsgruppen arbeiten Vertreter der regionalen Arbeitsmarktakteure konkrete Maßnahmen zu den Qualitätsstandards aus. Bis Ende Dezember 2009 soll dieser Prozess abgeschlossen und umsetzungsfähige Ergebnisse vorliegen.

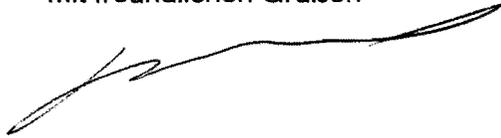
Zu Punkt 4.

→ Amt51 zuständig: Stellungnahme erfolgt über Dez. VI

Zu Punkt 5.

→ Amt51 zuständig: Stellungnahme erfolgt über Dez. VI

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Detlev Bendel', written in a cursive style.

Detlev Bendel
Stadtrat